



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirke
Hamburg und Nord
20097 Hamburg
Besenbinderhof 60
Fon 040/28 58-508
Fax 040/28 58-499

Fachbereich
Medien, Kunst
und Industrie (FB 8)
OV Hamburg
Vorstand

Anlässlich der Demonstration am 1. Mai 2003 in Hamburg:

Sozialabbau wird nicht erträglicher, wenn die SPD ihn uns schmackhaft will.

Die Uhr läuft: Am 1. Juni soll auf dem Sonderparteitag der SPD über die Vertrauensfrage, mit der Kanzler Schröder seine »Agenda 2010« verbindet, entschieden werden – und damit über die bislang größten Einschnitte ins soziale Netz.

Die Regierung plant:

- Kürzung Arbeitslosengeld: Beschränkung der Bezugsdauer bei unter 55-Jährigen auf höchstens zwölf Monate, bei über 55-Jährigen höchstens 18 Monate.
- Abschaffung der Arbeitslosenhilfe:
Nach Arbeitslosengeld gibt es nur noch Unterstützung auf Sozialhilfeniveau.
- Gesundheit: die Unternehmer steigen aus der Finanzierung des Krankengeldes aus. (7,5 Mrd. EUR).
- Der Leistungskatalog der Krankenkassen wird weiter zusammengestrichen.
Erhöhte Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen.
Selbst für Arztbesuche soll kassiert werden – das macht mehr als 10 Mrd. EUR).
- Aufweichung des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben.
Abschaffung sozialer Rücksichten bei Kündigungen.
- Reduzierung der jährlichen Rentenanpassung
- Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner
- Erhöhung des Renteneintrittsalters, Absenkung des Renten-Niveaus.

Wollen wir uns das bieten lassen?

Schröder setzt mit der Koppelung der Vertrauensfrage an die »Agenda 2010« die SPD- und Gewerkschaftsmitglieder unter Druck. Unternehmer und FDP/CDU/CSU-Spitzen unterstützen ihn gegen die innerparteiliche Kritik. Sie gehen davon aus, dass nur eine SPD-geführte Regierung bei der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen kann, ohne dass es zu Unruhe und Widerstand kommt.

Wir fragen: Was sind SPD und Gewerkschaften noch wert, wenn sie Maßnahmen mittragen, die sie überflüssig machen würden?

Schröder nennt die »Agenda 2010« eine »Reform zur Rettung des Sozialstaates«. In Wahrheit ist sie der Versuch, den Sozialstaat abzuschaffen. Von Helmut Schmidt über Helmut Kohl gab es reihenweise Sozialkürzungen, die immer wieder einen Wirtschaftsaufschwung herbeiführen sollten. Keine dieser »Reformen« hat Arbeitsplätze geschaffen – im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit steuert auf neue Rekordzahlen zu. Die Umverteilung von unten nach oben geht weiter. Immer mehr Menschen leben am Rande des Existenzminimums. Immer mehr Jugendliche sind ohne Arbeit, Wohnung und soziale Perspektive.

Krieg und Sozialabbau sind der Terror der Reichen

Friedens- und Gewerkschaftsbewegung haben den Krieg gegen den Irak nicht verhindern können. Trotz des diplomatischen Neins der Bundesregierung wurden die USA und ihre Verbündeten de facto unterstützt: AWACS, Spürpanzer in Kuwait, Flottenverbände am Horn von Afrika, Lieferung von Patriot-Raketen, Sicherung der US-Basen, Überflugrechte usw.

Die Bundeswehr soll zu einer Interventionsarmee umgerüstet und modernisiert werden, ihr Etat wird entsprechend steigen – und wir sollen zahlen. Nicht zufällig wird das Sozialabbau-Programm im Windschatten des Krieges verkündet. Krieg und Sozialabbau sind nicht voneinander zu trennen. Wir müssen gegen beides Widerstand leisten.

- Nein zu den geplanten Einschnitten.
Widerstand statt Zusammenarbeit mit Unternehmern und Regierung
- Nein zur Privatisierung. Bildung und Gesundheit sind keine Ware – auch nicht zu 49 Prozent.
- Nein zu Aufrüstung und Krieg – keine Gelöbnisfeier am 16.6. auf dem Rathausmarkt.
- Unterstützt SPD- und Gewerkschaftsmitglieder, die sich dem geplanten Sozialabbau widersetzen.
- Am 7. Mai kommt Schröder nach Hamburg – ein Anlass, ihm unsere Meinung zu zeigen.
- Der Sonderparteitag der SPD am 1. Juni in Berlin muss zu einem zentralen Ort des Protestes werden.

Hamburg, den 30. April 2003

ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie,
Ortsvereinsvorstand Hamburg

Weitere Unterstützer:

ver.di-Erwerbslosenrat

Koordinierungsausschuss Hamburger Erwerbslosen-Initiativen